

Protokoll:

Rm Diehl (CDU-Fraktion) führt aus, dass die Stadt Koblenz auch mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt sei. Insbesondere die ansässigen Gewerbebetriebe seien ein Garant für ein besseres Haushaltsergebnis, weshalb es wichtig sei, ein Augenmerk auf für Gewerbebetriebe bedeutende Faktoren, wie zum Beispiel eine intakte Infrastruktur zu richten. Die CDU-Fraktion mahnt die zeitnahe Kostenerstattung von Asyilleistungen von Seiten der Landesregierung an, nötigenfalls solle diese auch mit Klage bewirkt werden und bitten um eine Mitteilung zum aktuellen Stand der Forderungen gegenüber dem Land. Die CDU-Fraktion erklärt ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt 2016.

Frau Keul-Göbel (Vorsitzende BIZ-Fraktion) hebt hervor, dass die durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen zu Einsparungen geführt hätten und auch die Gewerbesteuererinnahmen zu einem besseren Ergebnis im Nachtragshaushalt 2016 beigetragen hätten. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Einsparungen teilweise aber auch auf im Haushalt 2016 veranschlagte, nicht durchgeführte Investitionen zurückzuführen seien. Besonders auffällig sei dies im Bereich des Zentralen Gebäudemanagements. Dieser Umstand habe einen wachsenden Sanierungsstau zur Folge. Hierdurch entstehe für die Zukunft ein Finanzierungsproblem. Aufgrund der im Nachtragshaushalt des Eigenbetriebs Koblenz Touristik erhöhten Personalkosten bittet die BIZ-Fraktion darum, über den Nachtragshaushalt in Bezug auf den Eigenbetrieb Koblenz Touristik getrennt abzustimmen. Des Weiteren stellt sie den Änderungsantrag, bei dem Projekt „Ausbau Geh- und Radweg Beatusstraße“ im Nachtragshaushalt eine Verpflichtungsermächtigung einzustellen, damit die Maßnahme zeitnah begonnen werden könne.

Beigeordneter Flöck weist darauf hin, dass aus haushaltsrechtlichen Gründen eine Verpflichtung zur Durchführung der Maßnahmen bestehe. Mit der derzeitigen Personalausstattung des Zentralen Gebäudemanagements sei es aber nur möglich, eine begrenzte Anzahl an Maßnahmen innerhalb eines Jahres umzusetzen. Die Beschaffung von neuem Personal stelle sich in diesem Bereich als problematisch dar. Bezüglich des Änderungsantrages führt er aus, der Radweg sei damals nicht sachgerecht hergestellt worden, weshalb zur Umsetzung der Maßnahme zunächst eine Ausbauplanung durchgeführt werden müsse, für die keine Verpflichtungsermächtigung benötigt werde. Rm Wefelscheid (BIZ-Fraktion) entgegnet, die im Haushalt enthaltenen Maßnahmen des Zentralen Gebäudemanagements seien Vorschläge der Verwaltung, die im Stadtrat beschlossen worden seien.

Rm Dr. Weichert (Bündnis 90 / Die Grünen) schließt sich bezüglich der Problematik des Sanierungsstaus den Ausführungen der BIZ-Fraktion an. Sie betont, dass es wichtig sei, zusammen mit der Verwaltung einen Weg zu finden, die Höhe der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen künftig zu reduzieren und einen zeitnahen Haushaltsvollzug sicherzustellen.

Es wird zunächst der Änderungsantrag der BIZ-Fraktion bezüglich der Maßnahme in der Beatusstraße zur Abstimmung gebracht. Dieser findet keine Mehrheit.

Anschließend wird über den Nachtragshaushaltsplan des Eigenbetriebs Koblenz Touristik getrennt abgestimmt. Dieser wird mehrheitlich beschlossen bei 4 Stimmenthaltungen.